

«Das ist inakzeptabel»

Uitikon will vom Kanton tieferen Baurechtszins für das Werkhof-Projekt

Einmal mehr liess das Traktandum Mitteilungen aufhorchen: Von Drohungen im Sozialamt und einem Nachtragskredit fürs Hallenbad war die Rede. Zudem: Soll die Sek mit jener der Nachbarn fusionieren?

JÜRIG KREBS

Die verschiedenen, in der Gemeinde Uitikon verteilten Werkhofstandorte sollen auf dem Areal des Massnahmenzentrums (MZU) in einem Neubau zusammengezogen werden. Dies dient laut Werkvorstand Fredy Lienhard einer effizienten Arbeitsweise. Zudem soll eine Wertstoffsammelstelle erstellt werden. Für die Projektierung sieht der Gemeinderat einen Kredit von 185 000 Franken vor. Der ins Auge gefasste, etwas abseits gelegene Standort sei ideal, denn es werde niemand durch den Werklärm gestört, so Lienhard.

«Unschön» ist aber, so Lienhard, dass der Kanton als Grundeigentümer beim MZU den Baurechtszins «in die Höhe getrieben» habe. So musste der Gemeinderat im Verlauf der Abklärungen feststellen, dass das kantonale Immobilienamt die Eckdaten des Baurechtsvertrags gegenüber früheren Angeboten erhöht hat. «Das ist inakzeptabel», sagte Lienhard am Mittwochabend anlässlich der Versammlung der Politischen Gemeinde. Man werde mit der Baudirektion nachverhandeln.

Trotz dieser Unsicherheit wurde der Kreditantrag zur Abstimmung gebracht, um vorwärts machen zu können. Gemeindepräsident Victor Gähwiler ergänzte die Vorlage um den Vermerk, dass – sollten die Verhandlungen mit dem Kanton scheitern – der Kredit für ein identisches Projekt an anderer Stelle verwendet werden dürfe. Die 90 anwesenden Stimmberechtigten genehmigten den Kredit bei einer Gegenstimme.

Steuerfuss als Konstante

Trotz geschätzter Steuerausfälle von 5 Prozent und hoher Investitionen soll der Steuerfuss der Politischen Gemeinde auch 2010 bei 59 Prozent bestehen bleiben – auch in den kommenden Jahren, wie Finanzvorstand Markus Hoppler ausführte. Das Budget 2010 rechnet aber mit einem Aufwandüberschuss von 3,6 Millionen Franken. Der Beitrag in den kantonalen Finanzausgleich ist mit 17 Millionen vermerkt. Das Eigenkapital wird



WICHTIGER WERKHOF Werkvorstand Lienhard (links) erhielt Unterstützung für Neubauprojekt. **FUG**

sich Ende 2010 auf 25,9 Millionen Franken reduzieren. Die Anwesenden genehmigten das Budget ohne Gegenstimme.

Gebeine umbetten

Gesundheitsvorstand Walter A. Schelling beantragte einen Kredit über 240 000 Franken, um einen Teil des Friedhofs mit Platz für 80 Grabstätten zu sanieren. Weil der Boden zu lehmig ist, verläuft der Zersetzungsprozess erdbestatteter Personen zu lange. Um dies zu verbessern, soll der Friedhof entwässert und belüftet werden.

Die Arbeiten werden von einer spezialisierten Firma mit der notwendigen Pietät durchgeführt, so Schelling. Denn: Die Grabsteine auf der Parzelle sind zwar entfernt, doch wird mit Überresten von Bestatteten gerechnet. Sollten Leichenteile gefunden werden, würden sie auf dem Friedhof umgebettet. Künftig sollen Erdbestattungen nur noch auf dem bereinigten Grabfeld stattfinden, damit nicht noch einmal Leichenteile umplatziert werden müssen. Die Versammlung genehmigte den Kredit bei zwei Gegenstimmen.

Ein Abschied und Drohungen

Diese «Gmeind» war die letzte des abtretenden Rinaldo Benedetto (parteilos) als Bauvorstand. Er wurde 1995 in den Gemeinderat gewählt. Benedetto bedankte sich für das Vertrauen und lud die Anwesenden im An-

schluss zum Apéro. Präsident Gähwiler würdigte Benedetto's Wirken. So habe er aus der «Bauverhinderungs-Abteilung» ein Vorzeigeamt geformt und im Zentrum wichtiger Projekte stehend viel bewirkt. Er gelte als «Vater des Römerbads» und werde dem Gemeinderat mit seiner volksnahen Art fehlen. Nachfolgerin von Benedetto ist Barbara Furrer.

Aufgrund von «massiven Drohungen» gegen Mitarbeitende des Sozialamtes wird die Eingangstüre des Gemeindehauses aus Vorsicht nur auf Läuten hin geöffnet. Sozialvorsteherin Carol Hofer bat um Verständnis für die unangenehme Massnahme.

Gesundheitsvorstand Schelling sprach im Zusammenhang mit der Hallenbadsanierung von einem Nachtragskredit. Details folgten im Frühjahr.

Die Schulgemeinde genehmigte das Budget 2010 (Steuer-

fuss 18 Prozent). Zusammen mit dem Steuerfuss der Politischen Gemeinde beträgt der Gesamtsteuerfuss ohne Kirchen weiterhin 77 Prozent. Die Schule orientierte zudem über Fusions-Abklärungen ihrer Sek mit Birmensdorf-Aesch oder Urdorf (Seite 23).

Reformierte erhöhen Steuerfuss

Die Versammlung der Reformierten genehmigte das Budget 2010 mit einem um 1 auf 7 Prozent erhöhten Steuerfuss. Den Antrag der RPK, den Steuerfuss auf 6 Prozent zu belassen, lehnten die 33 anwesenden Stimmberechtigten ab. Die RPK begründete ihren Antrag mit der Angst vor Kirchnaustritten und Sparmöglichkeiten. Die Kirchnpflege hielt entgegen, dass weitere Steuerausfälle und die erhöhten Abgaben an die Zentralkasse mit Blick auf das abnehmende Eigenkapital nicht ohne Reaktion bleiben könnten.

DIE ERGEBNISSE

Reformierte Kirche: Das Budget 2010 und der 7-prozentige Steuerfuss (+1%) wurde bei zwei Gegenstimmen angenommen.

Schule: Das Budget 2010 und der gleich bleibende Steuerfuss von 18 Prozent wurden bei einer Gegenstimme angenommen.

Politische Gemeinde: Das Budget 2010 (Steuerfuss 59 %) wurde ohne Gegenstimme genehmigt. Der Kreditantrag von 185 000

Franken zur Projektierung neuer Werkkräumlichkeiten und einer gedeckten Wertstoffsammelstelle auf dem MZU-Areal wurde bei einer Gegenstimme genehmigt. Der Kredit von 240 000 Franken zur Grabfeldsanierung wurde bei zwei Gegenstimmen genehmigt. Die revidierten Statuten des Zweckverbands Kläranlage Birmensdorf wurden bei zwei Gegenstimmen genehmigt. (JK)

Zürich ist gut, muss aber sparen

Regierungsrätin Ursula Gut verteidigte das «San10» am Wirtschaftslunch der FDP Dietikon

Selbst Hochschulen, Kantonsspitäler und der ZVV werden im Rahmen des Sanierungsprogramms 2010 sparen müssen, sagte die Zürcher Finanzdirektorin Ursula Gut in Schlieren.

JÜRIG KREBS

Wirtschaft und Politik, das ist das Thema am jährlichen, von der FDP Bezirk Dietikon organisierten Lunch im Stürmeierhuus in Schlieren. Barbara Angelsberger, Vize-Bezirksparteipräsidentin und Kantonsrätin, sprach in der Einleitung von Wirtschaft und Staat, die auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind: «Die Wirtschaft benötigt in der Krise Hilfe vom Staat und der Staat muss die Hilfe gewähren, damit letztlich die Wirtschaft überlebt, weil der Staat auf eine gut funktionierende Wirtschaft angewiesen ist.» Die Krise bedeute für Kanton und Gemeinden: Sie müssen alles unternehmen, damit die Haushalte nicht aus dem Ruder laufen.

Dies war das Stichwort für Gastrednerin Ursula Gut, Finanzdirektorin des Kantons Zürich. Sie trat an, um zu erklären, «warum der Kanton Zürich kein Sanierungsfall ist» – wenn doch sie und ihre Regierungskollegen vor kurzem das Sanierungsprogramm 2010 verabschiedet haben. Ein Widerspruch, den Gut nicht gelten lassen will. Das «San10» hätte besser als Fitnessprogramm be-



«Wirtschaft und Staat brauchen sich»

B. ANGELSBERGER

zeichnet werden sollen, meinte sie. Es greife nämlich frühestens 2011 und solle seine volle Wirkung 2013 entfalten. Das Ziel ist eine ausgeglichene Rechnung.

Der Kanton Zürich ein Sanierungsfall? Nein, sagte Gut. Er schneide bei interkantonalen und internationalen Vergleichen sehr gut ab. Zürich sei hinter Zug der attraktivste Kanton – bezogen auf Steuerbelastung, Verkehrsanbindung oder auch Lebensqualität.

Trotzdem scheint die kantonale Finanzlage ernst. Gebe der Regierungsrat nicht Gegensteuer würde die Schuldenlast enorm ansteigen. Entgegen einer weitverbreiteten Meinung

seien Staaten nicht konkursresistent. Sie mahnte, dass die hohe Verschuldung, die diverse Staaten eingegangen sind, um ihre Wirtschaft zu stützen, ein enormes Risiko für alle darstellt. Ein solches wolle der Regierungsrat nicht eingehen. Zudem müsse er reagieren, weil ein Teil des Ausgabenwachstums vom Bund diktiert sei, etwa im Rahmen des neuen Finanzausgleichs.

Finanzdirektorin Gut kündete an, dass im Rahmen von «San10» sämtliche Leistungen des Kantons auf den Prüfstand kämen. Und sie machte klar, dass auch bei selbstverständlichen Leistungen gekürzt werden wird. Selbst die Hochschulen, die Kantonsspitäler und der ZVV blieben vom Sparprogramm nicht verschont. Mög-



«Zürich ist kein Sanierungsfall»

URSULA GUT

lich ist zudem, dass der Kanton gewisse Finanzierungen an Gemeinden abwälzt, obwohl diese dieselben Probleme plagen.

Gut sei sich bewusst, dass das Sparen in der Krise eine Gratwanderung darstelle. Weil das «San10» erst in zwei, drei Jahren wirke, sei es nicht rezessionsfördernd. Gleichzeitig sei die Massnahme vertrauensbildend. Gut glaubt an eine Stabilisierung der Konjunktur im nächsten Jahr. Danach rechnet sie bereits wieder mit etwas Wirtschaftswachstum.

Zuletzt plädierte sie für die anstehende Steuergesetzrevision, die vorsieht, den Steuersatz für Spitzenverdienende zu senken. Die Vorlage komme voraussichtlich im Juni 2010 zur Abstimmung. Der Kanton Zürich müsse wettbewerbsfähig bleiben, sagte Gut, sonst verliere er erst recht Einnahmen.

In der anschliessenden Diskussion wurde Gut aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Eröffnung der dritten Gubrist-Röhre nicht auch noch über 2019 hinaus verzögert werde. Dann gestand Gut ein, dass ihr eine Erhöhung des Eigenmietwerts auf Hauseigentum zwar nicht gefalle, dass sie aber keine andere Wahl habe. Von einer generellen Anhebung des Know-how-Levels – so geschehen bei Rechnungsprüfungskommissionen – für die Gemeinden wollte Gut nichts wissen.